

Heft 162

Ausgabe 2 | 2008

ISSN 0170-461

K 5361

5,00 Euro

SPÖWA



▣ Pro und ▣ Contra:
Zusammenarbeit
mit Linkspartei
Franziska Drohsel vs.
Klaas Hübner

„Who cares about care?“

Interview mit
Siegfried Sauer
**Sympathiewelle für
Warnstreiks**

Ute Behning
Wer sorgt für wen?

Cornelia Heintze
Warum Finnland spitze ist



Mit dem Vertrag von Lissabon wird nun der dritte Versuch unternommen, soziale EU-Grundrechte zu verankern. Außerdem verändert er die politischen Entscheidungsstrukturen. Ausschlaggebend ist, dass

- (a) europäische Koordinierungspolitiken im Bereich des Sozialen nun zu rechtsverbindlichen Rahmenentscheidungen führen und
- (b) den Bürgerinnen und Bürgern die einzelnen Schritte der gesamteuropäischen Koordinierungspolitiken durch die nationalen Parlamente besser vermittelt werden können. Damit ist die demokratische Beteiligung am gesamteuropäischen Ausgestaltungsprozess eines europäischen Sozialstaatsmodells für alle Unionsbürgerinnen und -bürger in den Bereich des Möglichen gerückt.

□ Europäischer Transformationsprozess

Derzeit befinden wir uns in einer Transformationsphase. Verschiedenen müssen wir uns von nationalstaatlichen Gewissheiten. Heute geht es darum, den europäischen Integrationsprozess im Bereich des Sozialen aktiv mitzugestalten. Die aus dem Gleichgewicht geratenen sozialen Systeme der Mitgliedstaaten bedürfen der koordinierten europaweiten Restrukturierung. Um die Restrukturierungen sozial auszugestalten, sind starke Bewegungen und Verbände notwendig, die sich an der Seite von Parteien konstruktiv und verantwortlich am Transformationsprozess beteiligen. Gleichzeitig bedarf es verantwortlicher Unternehmen und kompromissbereiter Arbeitgeberverbände, die sich ihrer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und dem langfristigen Profit verschreiben.



Foto: www.fotolia.de, © Franz Pfluegl

Dazu gehören auch Debatten um die Ausgestaltung eines europäischen Betreuungsmodells. Aus historischer Perspektive steht für die Mitglieder der kontinental-europäischen und skandinavischen Wohlfahrtsstaaten außer Zweifel, dass die in der EU aktive Wirtschaft auch für die Finanzierung der gesellschaftlich notwendigen Sorgearbeit Sorge zu tragen hat. Die Mitglieder der osteuropäischen und liberalen Wohlfahrtsstaaten müssen wir erst noch davon überzeugen. Gute Argumente sind die Stärkung familiärer und gemeinschaftlicher Bindungen vor Ort sowie eine europäische Gesellschaft, die allen die gleichen Chancen bietet. Eine kollektive Entscheidung für ein europäisches Betreuungsmodell, das Frauen und Männer nicht nur im Bereich der Erwerbsarbeit, sondern auch im Bereich der Verteilung von Sorgearbeit gleichgestellt und ihnen dafür finanziell abgesicherte Freiräume schafft, ist ein Bedürfnis, das die jüngeren Generationen verbindet und den älteren Generationen zu Gute kommt. ■

Wer schließt die Dienstleistungslücke im Privathaushalt?

von Claudia Gather



Foto: www.fotolia.de, © Rüdiger Rehm

Der Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten 50 Jahren wurde nicht durch einen entsprechenden Anstieg der Beteiligung von Männern an den Haus- und Fürsorgearbeiten begleitet. Dies führt zu der Frage, wer diese Arbeiten übernommen hat bzw. übernehmen soll. Im Vergleich mit anderen Ländern wird in Deutschland noch vieles in den Familien selbst geleistet, während in Schweden der Staat Kinderbetreuung und Altenpflege übernommen hat. In den USA wird dies überwiegend über den Markt geregelt.

In Deutschland scheint ein Weg, den Haushalte angesichts dieser Dienstleistungslücke beschreiben, die Beschäftigung von Hilfen im Haushalt – zumeist Putzfrauen für einige Stunden pro Woche, aber auch Pflegerinnen und Au Pairs zu sein. Leisten können sich dies die Mittelschichten.

Niemand kennt die genauen Zahlen, da die Arbeit überwiegend ohne Abgaben von Steuern oder Sozialversicherung verrichtet wird, dennoch wird geschätzt, dass heutzutage wahrscheinlich so viele Haushaltsarbeiterinnen beschäftigt werden.

Damals waren ca. 1,3 Millionen Dienstboten tätig. Ein erheblicher Teil der heutigen Hausarbeiterinnen sind Migrantinnen.

Ich möchte in diesem Beitrag der Lohnarbeit nachgehen, ob diese Arbeitsverhältnisse im Schattenarbeitsmarkt zwei Gruppen von Frauen helfen, ihre Notlagen zu überwinden oder eher einem Teil der Menschen Entwicklungschancen nimmt und das Vorwärtstkommen anderen darauf aufbaut. Zu diskutieren ist in diesem Zusammenhang auch, ob es in Bezug auf Ungleichheit einen Unterschied macht, wenn Lohnarbeit nicht als Schwarzarbeit, sondern als Markt angeboten wird. Ich beschränke mich hier im Wesentlichen auf die Betrachtung der Lohnnahe Dienstleistungen (wie z.B. Reinigung, Wäschepflege und Kochen etc.) und klammere die Kinderbetreuung und die Pflege ein. Zuerst werden Haushaltsarbeiterinnen betrachtet, die Arbeiten gegen Geld verrichten und anschließend Privathaushalte als Arbeitgeberinnen. Drittens soll die Vermarktlichung angesprochen werden.

□ Haushaltsarbeiterinnen

In Interviews, die wir für ein Forschungsprojekt mit Haushaltsarbeiterinnen und mit Gebäudereiherinnen geführt haben, berichten die Reinigerinnen übereinstimmend, dass sie die Arbeit angenommen haben, weil sie sich in einer (finanziellen) Notsituation befunden haben und weil es keine Alternativen gab. Die meisten beabsichtigen, nur vorübergehend als Putzfrau zu arbeiten und sobald die Notsituation überwunden ist und sich eine andere Chance ergibt, diese zu ergreifen. Migranten ohne Aufenthaltsstatus sehen zumeist wenig Alternativen: „Wenn man illegal ist, bleiben nur die niedrigsten Jobs: Eine illegale Frau, ob jung oder alt, hat nur eine Zukunft: Putzen.“ berichtet eine Akademikerin aus Südamerika, die schon seit vielen Jahren, anfangs mit, später ohne Papiere in Deutschland lebt.

Die Arbeit ist körperlich anstrengend, manche empfinden sie auch als kränkend und entwürdigend. Putzen hat ein ausgesprochen schlechtes Image, als ob der Dreck an denen klebe, die ihn entfernen. Viele Frauen erzählen deswegen im Freundes- und oft auch im Familienkreis nicht, dass sie als Putzfrau arbeiten. Nebenbei bemerkt: die geringe Identifikation mit der Arbeit und der vorübergehende Status schlägt sich auch in dem äußerst geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Haushalts- und Gebäudereinigerinnen, die im ersten Arbeitsmarkt arbeiten, nieder. Die Perspektive richtet sich darauf, den Job zu verlassen und nicht, sich kollektiv für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Berufliche Perspektiven bieten Putzjobs in Privathaushalten kaum. Die Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten sind gekennzeichnet durch die Abwesenheit vom Normalarbeitsverhältnis. Die, die dort arbeiten, sind über diese Jobs nicht krankenkversichert (weder in der Schwarzarbeit noch im Mini Job), auch im Mini Job nicht arbeitsloserversichert, und es entstehen beim Mini Job nur minimale Ansprüche in der Rentenversicherung.

Entgegen der Annahme, dass Putzarbeiten „Jedefrau“-Tätigkeiten seien, beinhaltet die Arbeit erhebliches Fachwissen und hohe Anforderungen. Tatsächlich arbeiten Frauen mit den unterschiedlichsten beruflichen Hintergründen und Ausbildungen in Privathaushalten. Die Entlohnung im informellen Arbeitsmarkt scheint eher ethnische Vorurteile zu berücksichtigen als Qualifikation und Fähigkeiten. Es wird immer wieder berichtet (ohne dass dies bislang wissenschaftlich erhärtet wäre), dass deutsche und polnische Frauen den höchsten Stundenlohn erzielen, während südamerikanische Frauen geringere Löhne erhalten, noch schlechter bezahlt würden afrikanische Frauen.

Auf der anderen Seite berichten Haushaltsarbeiterinnen aber auch über positive Aspekte: Die Arbeitsplätze weisen viel Autonomie auf. Diese betrifft die Arbeitsorganisation und die Wahl der Arbeitgeber. Wir haben auch Stolz auf die eigene Arbeitsleistung angetroffen. Einigen Frauen gelingt es, das Einkommen aus der vorübergehenden Putzarbeit für den Aufbau einer Existenz im Heimatland zu nutzen. Bei anderen verschiebt sich dagegen, entgegen der ursprünglichen Absicht, die Rückkehr. Fehlt es den Haushaltsarbeiterinnen an gesellschaftlicher Anerkennung, sozialer Absicherung und Aufstiegspektiven, erhalten die Arbeitgeberhaushalte durch die Beschäftigung von Haushaltsarbeiterinnen Freiräume, z.B. für die Verfolgung ihrer beruflichen Entwicklung.

□ Privathaushalte als Arbeitgeber

Die Tendenz in den alten Bundesländern in den oberen Einkommensklassen Haus- und Fürsorgearbeiten gegen Entgelt zu vergeben, nimmt Konfliktpotenzial aus den Beziehungen. Es wächst für einen Teil der Frauen die Chancengleichheit mit den (Mittelschicht-)Männern. Ehrenreich und Hochschild haben das in ihrer Studie über die USA folgendermaßen ausgedrückt: „Viele Frauen haben nun deshalb in der harten ‚Männerwelt‘ Karriere machen können, weil sie die Fürsorge für ihre Kinder, ihre alten Eltern und ihren Haushalt Frauen

aus der Dritten Welt übertragen haben.“ Die stundenweise Beschäftigung von Haushaltshilfen ist ein westdeutsches Phänomen. 97,3 Prozent der Haushalte in Ostdeutschland (laut Jürgen Schupp) beschäftigen keine Haushaltshilfen. Neben dem geringeren Einkommen ostdeutscher Haushalte gibt es in Ostdeutschland auch keine „Kultur“ der Beschäftigung von Haushaltshilfen. So war es in der DDR die Norm, ermöglicht durch öffentliche Kinderbetreuungsplätze, dass Mütter in Vollzeit arbeiteten. Aufgrund der Vollbeschäftigung gab es zudem kaum Arbeitskräfte, die für diese Arbeiten zur Verfügung standen.

□ Vermarktlichung

In Privathaushalten wird ein großes Beschäftigungsreservoir für Geringqualifizierte vermutet. Mittlerweile gibt es allerdings auch kritische Stimmen, die vor einer Überschätzung des Beschäftigungspotenzials in Privathaushalten warnen. Die Idee, zwei Probleme durch die Vermarktlichung von Haushaltsarbeiten zu lösen, einerseits die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (für die Mittelschichten) und andererseits Erwerbsarbeitsplätze für gering qualifizierte Arbeitslose zu schaffen, ist zwar bestechend, hat bislang jedoch trotz erheblicher Bemühungen nicht funktioniert. In Deutschland wird aktuell auf Mini Jobs in Privathaushalten gesetzt. Das sind prekäre, sozial ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse. Dieser Weg erhöht die Ungleichheit zwischen Frauen und ist deswegen kritisch zu sehen.

Von Seiten der Politik gab es in den letzten ca. 15 Jahren mehrere Versuche, die darauf abzielten, die Haushaltsarbeit in Privathaushalten zu vermarklichen, bzw. die Schwarzarbeit in diesem Bereich in legale Arbeitsverhältnisse zu überführen. Keine dieser Anstrengungen war von durchschlagendem Erfolg gekrönt. Zu nennen ist das „Haushaltscheckverfahren“ (1997), das wegen geringer Inanspruchnahme Ende 2001 wieder abgelehrt wurde. Auch die gesetzliche Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung (1999, von 630 DM-Jobs zu 227 Euro-Jobs) hat keine Erhöhung

der Zahl der in Privathaushalten formell registrierten Arbeitnehmer gebracht. Die Einführung von Mini Jobs in Privathaushalten im Jahr 2003 immerhin zu einem Anstieg von ca. 39.000 128.000 gemeldete Beschäftigungsverhältnisse geführt. Dieser moderate Anstieg bleibt insgesamt allerdings weit hinter der vermuteten Inanspruchnahme von Schwarzarbeit in Privathaushalten zurück. Für die Arbeitnehmerinnen bringen Mini Jobs außer einem besseren Gewissen (was nicht unterschätzen ist), kaum Vorteile zur Schwarzarbeit. Festzuhalten bleibt, dass sich unter anderem im Zuge der Globalisierung ein grauer Arbeitsmarkt in Privathaushalten entwickelt hat, der sich Änderungsmaßnahmen beharrlich entzieht.

Auch wenn der Vaterschaftsurlaub ein Schritt in die richtige Richtung ist, ist unrealistisch anzunehmen, dass es in absehbarer Zeit gelingen könnte, die Männer paritätisch an den Haus- und Sozialarbeiten zu beteiligen. Das heißt, die Nachfrage nach haushaltsnahen Dienstleistungen wird weiter zunehmen, auch aufgrund des wachsenden Anteils der Älteren und des wachsenden Pflegebedarfs. Damit stellt sich die Frage, wie man Dienstleistungslücken schließen kann, ohne die im Wesentlichen auf dem Rücken der Frauen zu tragen, die in diesem Bereich arbeiten.

□ Was tun, um die Ungerechtigkeitslücke zu schließen?

Es wird viel darüber nachgedacht, wie für (Mittelschicht-)Familien unterstützende Dienstleistungen erhöht werden können, aber zu wenig darüber, unter welchen Bedingungen für die Erbringung dies geschehen soll. Durch den Markt (vor allem mittels Mini Jobs) wird das Problem zunehmender Ungleichheit zwischen Frauen und sich Haushaltshilfen leisten können und den die sie verrichten, eher vergrößert. Es sei denn, Haushaltsarbeiterinnen könnten die Haushalte verlassen (wie die Dienstboten in der Weimarer Republik), weil auf dem Arbeitsmarkt massenhaft attraktivere Arbeitsplätze entstünden. Das jedoch nicht absehbar

Pflegereform und Pflegezeitgesetz

Mehr Daseinsvorsorge! Nicht nur Aufgabe der Frauen.
von Hannelore Buls

Das Pflegezeitgesetz wird für Erwerbstätige, die sich mit einem plötzlichen oder zu erwartenden Pflegefall in der Familie auseinandersetzen müssen, erhebliche Verbesserung bringen. Die ver.di-Forderung, Pflege dürfe nicht nur den Frauen angelastet werden, wird mit der maximal sechsmonatigen Freistellungsmöglichkeit erfüllt. Unser Ziel ist es, dass erwerbstätige Frauen erwerbstätig bleiben können. Die Pflegezeit kann von mehreren Familienangehörigen für denselben Pflegefall genommen werden. So vergrößert sich die Chance auch für Männer, für eine Pflege verfügbar zu sein.

Eine Grundfrage in Bezug auf die Pflege ist heute in Betrieben vielfach: Haben wir hier überhaupt ein Vereinbarkeitsproblem? Grund für diese Sichtweise ist sehr häufig, dass die Pflege von Angehörigen im Betrieb einfach noch kein Thema ist – nicht etwa weil wir keine Anforderungen an Beschäftigte durch häusliche Pflege oder Betreuung von Angehörigen im Heim hätten, sondern weil darüber im Betrieb noch nicht gesprochen wird. Für den vergleichbaren Bedarf in der Kinderbetreuung war das früher auch so. Dies hat sich aus verschiedenen Gründen aber inzwischen verändert. Derzeit spricht man von ca. 2 Millionen Pflegefällen in Deutschland, wovon ca. 600.000 in der stationären Heimpflege sind. Die anderen werden zu Hause oder im Haushalt ihrer Kinder betreut. Hier sind Angehörige betroffen, die sich um die Organisation kümmern oder auch Leistungen selbst erbringen. Und es sind Beschäftigte in der Pflege betroffen, die den Pflegeberuf ihrerseits mit Familienpflichten in Übereinstimmung bringen müssen. Die Reform der Pflegeversicherung ist daher wegen ihrer qualitativen



Foto: www.fotolia.de, © Elisabeth Rawald

Professionelle Pflegedienstleistung muss den Grundstock bilden

Aufgrund der demografischen Entwicklungen die Pflegefallzahlen anwachsen, so dass die Regelungsanforderung immer stärker zu Tage tritt. Die bessere Frage ist daher heute: Wie erreichen wir die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf? Völlig neue Arbeitsbedingungen in der professionellen Pflege verändert werden? Die ver.di-Forderung und Gleichstellungspolitik hat das Thema im Sinne der Frauen als Angehörige schon im Jahr 2000 aufgegriffen. Der ver.di-Fachbereich Gesundheit nimmt die Interessen der Beschäftigten in der Pflegeberufeberuf war. Unser Anliegen ist, dass die zunehmende Pflegeverantwortung nicht nur den Frauen auferlegt wird, sondern dass für diese gesellschaftlich notwendige Arbeit kommunale und andere ambulante Dienste den Grundstock bilden. Durch die Pflege aus der Familie heraus ergärtert wird. Dabei sind ehrenamtliche Leistungen, die einer zwischenmenschlichen Motivation erbracht werden, deutlich von allen Leistungen abzugrenzen.

PapyRossa Verlag



Werner Biermann/Arno Klönne: Agenda Bertelsmann - Ein Konzern stiftet Politik | Broschur | 142 Seiten | EUR 11,90

Ob Privatisierung oder Studiengebühren, Hartz IV oder globale Militärinterventionen: Die gesellschaftspolitische Agenda der Bundesrepublik stammt von der Bertelsmann-Stiftung. Ihr Zielhorizont: Gesellschaft, geführt wie ein Unternehmen, postdemokratisch.



Michael Klundt (Hg.): Kapitalismus versus Barbarei? Die Geschichtsschreibung der Neuen Weltordnung | Broschur | 240 Seiten | EUR 15,90

Dem Geschichtsbild der Neuen Weltordnung gilt der Kapitalismus als Alternative zur Barbarei. Eine internationale Autorengruppe meldet Zweifel an: Eric Hobsbawm, Arno Klönne, Domenico Losurdo, Michael Parenti, Jacques Pauwels u.a.

Tel. (02 21) 44 85 45 | Fax 44 43 05
mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

Es gibt zurzeit wenig Phantasie, die Organisation der Haushaltsarbeit ganz neu zu denken. Um die Situation für Haushaltsarbeitsfrauen in Deutschland zumindest ansatzweise zu verbessern, sollte überlegt werden, wie die folgenden vier Forderungen umgesetzt werden können:

1. Gegen das negative Stigma des Putzens und das geringe soziale Ansehen könnten Professionalisierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen helfen. Stichwort ist hier die Aufwertung der Haushaltsarbeit als qualifizierter Beruf.
2. Ausbau und weitere Entwicklung kommunaler oder privatwirtschaftlicher Dienstleistungsagenturen und -pools, wie sie z.B. Claudia Weinkopf beschreibt. Dies könnte dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und sozialversicherungsrechtliche Arbeitsplätze zu schaffen. Aufgrund des Preisunterschieds zur Schwarzarbeit kann das nur unter finanzieller (Anschub-) Subventionierung der Angebotsseite gehen, da die Bereitschaft der Haushalte, deutlich mehr als Schwarzmarktpreise zu bezahlen, für gering gehalten wird.
3. Exklusive Beschäftigungsquoten für Haushaltsarbeitsfrauen aus Drittstaaten (wie in Spanien, England, Griechenland, Zypern und Italien) wären ein Anfang, sind jedoch auch umstritten, da sie Migrantinnen auf das Tätigkeitsfeld Privathaushalt festlegen.
4. Zugang zu haushaltsnahen Dienstleistungen auch für Ältere mit geringem Einkommen, die in keiner Pflegestufe sind, aber dennoch Unterstützung benötigen (evtl. auch zusätzlich zu einer Pflegestufe). Hier könnten, ähnlich wie in Schweden, die Kommunen Verantwortung übernehmen.

Dr. Prof. Dr. Claudia Gather, Professur für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Wirtschaft und Geschlechterverhältnisse, FHW Berlin.

Im Text wird auf die deutsche Übersetzung des englischen Begriffs „domestic worker“ zurückgegriffen und von „Haushaltsarbeitsfrauen“ gesprochen.